

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
164 · Ausgabe BL·BS · August 2016



Die über 100 Teilnehmenden diskutierten zwischen den Referaten angeregt weiter.



ZUM PARTEITAG ÜBER DIE ZUKUNFT DER SOZIALVERSICHERUNGEN

Frantisek Marous

Die AHV ausbauen!

EINES IST AM GEMEINSAMEN PARTEITAG DER SP BASEL-STADT UND DER SP BASELSTADT VOM 11. JUNI GANZ SICHER KLAR GEWORDEN: WER DIE ZUKUNFT EINER SOZIALEN ALTERSVERSICHERUNG SICHERN WILL, MUSS DIE AHV AUSBAUEN!

Ein solcher Ausbau der AHV beginnt nicht erst mit der Vorlage «Altersvorsorge 2020» des Bundesrates, die vermutlich im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen wird. Die Stärkung der AHV setzt ein mit der Kampagne für die Initiative AHVplus, die schon am 25. September vors Volk kommt. Gelegenheit, diese Initiative zu unterstützen, gibt es bereits einen Monat vorher, am 25. August auf dem Claraplatz, wo das regionale Abstimmungskomitee eine Feierabend-Veranstaltung für die AHVplus-Initiative durchführt (s. Agenda).

Warum die Verbesserungen in der AHV realisiert werden müssen, machte am Parteitag Doris Bianchi, die stellvertretende Sekretariatsleiterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, klar. So wies sie nach, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis bei der AHV beinahe doppelt so gut ist wie bei der privaten Vorsor-



Ruedi Brassel,
Sekretär SP Baselland

ge. Deshalb brauche es, um die in der 2. Säule zu erwartenden Leistungseinbussen kompensieren zu können, einen Ausbau der AHV, wie ihn die Initiative AHVplus vorsieht.

Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen, stellte das bundesrätliche Reformprojekt «Altersvorsorge 2020» vor, das nach der gescheiterten 11. AHV-Revision neu aufgegleist wurde. Nationalrätin Silvia Schenker betonte in ihrem Kommentar dazu, dass die vom Ständerat eingebauten Verbesserungen – vor allem die vorgesehene Rentenerhöhung – nun auch im Nationalrat und dann beim Volk durchgebracht werden müssen. Es ist unabdingbar, dass die in Kauf zu nehmenden Verschlechterungen, wie die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre, kompensiert werden und zumindest etwas mehr im Portemonnaie bleibt als heute. Nur dann kann die

Altersvorsorge 2020 mit einer Zustimmung der SP rechnen.

Dass es sich lohnt, über die Tagespolitik hinauszudenken, zeigte in einem weiteren Referat Beat Ringger, Sekretär des Denketzes, auf. Er stellte das Modell einer Allgemeinen Erwerbsversicherung vor, mit dem eine klarere und solidarischere Struktur im Dschungel der diversen Sozialversicherungen etabliert werden soll. Ausserdem schlug er vor, die Probleme bei der 2. Säule dadurch zu lösen, dass diese bis zum vollendeten 84. Altersjahr beschränkt und nachher eine solidarische Altersrente ab 85 eingeführt wird.

Die Tatsache, dass sich am 11. Juni mehr als 100 Genossinnen und Genossen die Zeit für die anspruchsvolle Auseinandersetzung mit der Zukunft der Sozialversicherungen genommen haben – und dies an einem Samstag, der gefühlt der erste sonnige Tag des Jahres war – zeigt, wie wichtig diese Frage für die Sozialdemokratie ist. Denn die SP ist und bleibt die politische Sozialversicherung in der Schweiz.

Rheinstrasse: Umgehung des Gesamtprojektes! 2 x NEIN



Martin Rüegg, Landrat

der nachgelagerten Umfahrungsstrasse Liestal wie Ende Mai, ist der Stau trotz dreispuriger Rheinstrasse unvermeidlich. Auch widersprechen beide Vorschläge dem Gesamtprojekt A22, das den effektiven Rückbau der Rheinstrasse innert zweier Jahre nach der Eröffnung der A22 vorgesehen hatte. *Damit verstossen beide Ideen gegen Treu und Glauben*, sollen doch die Umweltauflagen von damals im Nachhinein umgangen werden.

Mit dem doppelten Nein verhindern wir unnütze Luxusinvestitionen und ebnen den Weg für günstigere und rasch umsetzbare Lösungen. Denkbar wäre das ursprüngliche Projekt von 2002, das Rechtskraft besitzt und sofort umgesetzt werden könnte. Mit 36 Millionen Franken (+/-15%) ist es das günstigste Projekt. Mit einem Grünstreifen, zwei Spuren und einer Fahrbahnbreite von 7 Metern dürfte es im Ereignisfall nur bedingt als Ausweichroute taugen. Nicht zuletzt deswegen wird es von den Gemeinden Frenkendorf und Füllinsdorf abgelehnt, was zur Überarbeitung («Ertüchtigung») führte. Das ertüchtigte Projekt kostet 39 Millionen und weist im Bedarfsfall ebenfalls drei Spuren auf, die allerdings erst innert 2–4 Wochen, also beispielsweise bei Sanierungsarbeiten im Tunnel, zur Verfügung stehen würden. Gegen das ertüchtigte Projekt sind Einsprachen vor dem Kantonsgericht hängig. Sollte dieses nach dem Doppel-Nein die Einsprachen gutheissen, käme wahrscheinlich das ursprüngliche Projekt zur Ausführung. Würden sie abgelehnt, wäre der Weg frei für das ertüchtigte Projekt. Beides sind für die SP gangbare Wege. Voraussetzung ist, dass es an der Urne zu einem Nein zur Initiative und zu einem Nein zum Gegenvorschlag kommt.

Rheinstrasse zurückbauen – den Volksentscheid nicht ausbremsen!

Ende November werden die Baseltaler Stimmberechtigten einmal mehr zur Urne gebeten, um über die Ausgestaltung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal zu befinden. Auslöser ist eine rechtsbürgerliche Gesetzesinitiative, die von der Wirtschaftskammer und dem lokalen Autogewerbe unterstützt wird. Sie verlangt, dass im Ereignisfall, wie zum Beispiel einem Brand im Tunnel, «umgehend», das heisst innert weniger als 30 Minuten, eine Öffnung von drei Spuren auf der alten Rheinstrasse erfolgt. Dies hätte Investitionen in der Höhe von rund 80 Millionen Franken zur Folge für unzählige im Boden versenkbare Poller, Videokameras usw. Das ist selbst der bürgerlichen Regierung zu viel des Guten. Deshalb hat sie einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der ebenfalls eine Änderung des Stras-

sengesetzes vorsieht und bei länger dauernden Sperrungen der A22 eine dreispurige Verkehrsführung «innert weniger Tage» will.

Für die SP kommen beide Vorschläge nicht in Frage. Sie sind viel zu teuer und erst als vage Ideen vorhanden. Die Initiative würde über 80, der Gegenvorschlag 60 Millionen Franken an Investitionen erfordern (bei einer Kostengenauigkeit von +/-40%). Dies ist für ein Ereignis, das vielleicht einmal in 20 Jahren vorkommt, zu viel Geld, das der Kanton ohnehin nicht hat! Zudem würden weitere Jahre ins Land ziehen, bis konkrete Bauprojekte vorhanden und rechtskräftig wären. Mit der A2 und weiteren Strassen im Grossraum Liestal sind genügend Alternativen vorhanden. Der Nutzen solcher Investitionen ist sowieso fragwürdig. Eignet sich nämlich ein Unfall auf

Beide Vorschläge widersprechen dem vorgesehenen effektiven Rückbau der Rheinstrasse.

AGENDA SP BL

- Mittwoch, 24. August, 19.30 Uhr, **Informations- und Diskussionsabend zur AHVplus-Initiative**, mit Doris Bianchi, Senevita Sonnenpark, Zehntenstrasse 14, Pratteln
- Donnerstag, 25. August, 16.30–19 Uhr, **Aktionstag für die AHVplus-Initiative**, Claraplatz, Basel
- Sa, 27. August, 9–15 Uhr, a. o. **Fraktionssitzung**, Waisenhaus, Basel
- Montag, 5. September, 19.30 Uhr, **Sektionsversammlung SP Aesch-Pfeffingen: AHVplus und Grüne Wirtschaft**, Alice Meyer-Saal, Aesch
- Mittwoch, 21. September, 19.15 Uhr, **Sektionskonferenz**, NSH, Basel
- Sonntag, 25. September, **Abstimmungssonntag**

Die SP Basel-Stadt im Wahlkampfieber

Regierungsmehrheit ausbauen

Seit 2004 regiert in Basel-Stadt eine rot-grüne Mehrheit. Die Wirtschaft floriert, die Nettoschulden wurden halbiert und die Pensionskasse sozialverträglich saniert. Und das, obwohl – oder eben gerade weil – die SP sowohl dem Wirtschafts- als auch dem Finanzdepartement vorsteht.

Die Bürgerlichen sind ob dieser Tatsache offensichtlich derart verzweifelt, dass sie sich mit der SVP zusammentun, um mehr Stimmen zu erhalten.

Wir stellen uns dem mit einem 5er-Ticket zusammen mit Grünen und BastA! Unter dem Motto



Katrin Hauser, Praktikantin SP BS

«Basel machts besser» greifen wir einerseits die bisherige Erfolgsgeschichte der Stadt auf und betonen andererseits, dass eine ausgebaute Rot-Grün-Mehrheit unbestreitbar in der Lage ist, die Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode zu meistern.

Innovation, Vielfalt, Gerechtigkeit!

Im Grossen Rat sind die Mehrheitsverhältnisse bis anhin leider nicht so berauschend. Die Bürgerlichen sind in der Überzahl – was schon oft zum Scheitern wichtiger Vorlagen führte. Dieses Sitzverhältnis muss sich ändern!

Im Grossratswahlkampf setzen wir auf die drei Schlagworte «Innovation, Vielfalt und Gerechtigkeit», wovon Frau Ersteres auch einer anderen Partei zuordnen könnte. Doch wir verstehen unter Innovation die Unterstützung von KMU und lokalem Gewerbe, welche ihre Wirtschaftlichkeit mit nachhaltigen Lösungen und fairen Arbeitsbedingungen verknüpfen.

Dies widerspiegelt die Idee unseres Wahlkampfes: Ein breiter Begriff wird schrittweise mit Inhalt gefüllt und mit politischer Wertung ange-

reichert – bis sich klar herauskristallisiert, was wir unter diesem Begriff verstehen.

Unser grösstes Kapital – unsere Mitglieder

Glückt unsere Transparenzinitiative, wird sich schon bald zeigen, wer Wahlkämpfe mit Millionen finanziert. Unser Kapital sind ohnehin unsere Mitglieder – die Basis der Partei. Zusätzlich organisieren wir wie letztes Jahr eine Basiskampagne. Die Idee dahinter ist eine Art Schneeballsystem; jede/r kontaktiert ihre/seine FreundInnen und Bekannte oder Mitglieder und SympathisantInnen der Partei und hält sie zum (SP) Wählen an. Die Telefonaktionen dazu finden am 1., 8. und 15. Oktober statt.

Unsere Quartiervereine führen ebenfalls verschiedenste Aktionen durch mit dem Ziel, die SP-Wählerschaft zu mobilisieren und zu vergrössern.

Wer sich gerne am Wahlkampf beteiligt, meldet sich beim Sekretariat per Mail sekretariat@sp-bs.ch oder unter der Telefonnummer 061 685 90 20. Wir sind auf Unterstützung angewiesen!

**Mehr
Basel
Mehr
SP**

Mehr Innovation
Mehr Vielfalt
Mehr Gerechtigkeit

sp-bs.ch

SP

LINKSRUTSCH!

So lautet der Slogan der diesjährigen JUSO-Kampagne zu den Grossratswahlen. In Zeiten eines zunehmenden Rechtsrutsches ist es für uns besonders wichtig, klar Haltung zu zeigen. Inhaltlich liegen uns dabei die Themen Freiräume, Wohnen, Polizeirepression, Migration, Steuerpolitik und Bildung besonders am Herzen. Zwanzig Kandidierende sind in unserem Flyer aufgeführt und wollen ein Zeichen setzen, dass Politik uns alle betrifft und sich deswegen auch junge Menschen politisch einbringen können und müssen. Wir freuen uns auf einen aktivistischen und inhaltlich geprägten Wahlkampf. Linksrutsch jetzt!

Mirjam Kohler, Co-Präsidentin JUSO BS

AGENDA SP BS

- Mittwoch, 31. August 2016, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung SP BS**, Volkshaus Basel, 1. Stock, Rebgrasse 12
- Sonntag, 25. September 2016, **Abstimmungssonntag**

- Am 27. August, 3. und 10. September **kontaktieren wir alle Parteimitglieder per Telefon, um ihre Mithilfe im Wahlkampf zu erbitten.**
- Am 1., 8. und 15. Oktober **rufen wir Wählende an, um sie ans Wählen zu erinnern. Willst du mithelfen?** Kontaktiere Mirjam Kohler (079 961 77 41) oder Marek Wick (076 748 75 67)

AUS DEM LANDRAT

Danke für dein grosses Engagement, Christine Koch!



Nach rund sieben Jahren im Landrat hat Christine Koch per Ende Juni ihren Rücktritt aus dem Kantonsparlament eingereicht. Mit Christine verlässt eine Landrätin die kantonale politische Bühne, welche sich stets für das Gemeinwohl eingesetzt hat und bei der nie die eigene Profi-

lierung im Vordergrund stand. Sie hat in ihren Voten immer sehr klare Worte gegen die rechtskonservative Abbaupolitik gefunden und störte sich nicht daran, mit ihren ehrlichen und entschiedenen Statements auch einmal anzuecken.

Christine Koch füllte die Rolle der Landrätin genau so aus, wie man sich dies von einer ehrlichen Politikerin wünschen würde. Sicher hat auch dies mit dazu geführt, dass sie über die Generationen hinweg eine grosse Akzeptanz geniesst, eben weil sie sich stets dezidiert für sozialdemokratische Werte und für einen offenen und lebenswerten Kanton für Jung und Alt eingesetzt hat. Mit ihren Vorstössen bspw. zu Tempo 30 oder dem Initiativrecht für Gemeinden konnte sie bedeut-



Miriam Locher,
Fraktionspräsidentin

Wir verlieren eine couragierte Landrätin.

same Erfolge feiern und sich über Parteigrenzen hinaus Respekt verschaffen. Es zeichnet Christine aus, dass sie bei ihrem Rücktritt nicht das Rampenlicht im Fokus hat, sondern Platz machen will für neue Kräfte. Dass diese neue Kraft ihr Sohn Jan Kirchmayr ist, der nun in den Landrat nachrücken kann, wird sie besonders freuen. Ich wünsche Jan einen guten Start in unserer Fraktion.

Ich habe Christine immer als couragierte, leidenschaftliche und sehr engagierte Landrätin erlebt und geschätzt. Sie wird in den Reihen der SP-Fraktion eine grosse Lücke hinterlassen und ihre fröhliche, humorvolle und mitreissende Art wird uns im Parlamentsbetrieb fehlen. Die Fraktion wünscht dir, liebe Christine, für deine Zukunft alles Gute.

AUS DEM GROSSEN RAT

Vielfältige Vorstoss-Pakete der SP

Es ist für mich sehr erfreulich zu sehen, wie engagiert sich die Fraktion für eine linke Politik einsetzt. In dieser Kurzübersicht stelle ich einige unserer Vorstösspakete vor. Alle Vorstösse – auch die, welche hier nicht vorgestellt werden – sind auf der Homepage der SP BS einsehbar.

Im März haben wir zur Thematik der Integration und Partizipation mehrere Vorstösse lanciert. Diese zeigen Möglichkeiten auf, wie die Partizipation von AusländerInnen in Basel-Stadt und der kulturelle Austausch verstärkt werden können. Ausserdem setzen wir uns für mehr Rücksichtnahme bei der Einbürgerung von AnalphabetInnen ein. Ebenfalls wollen wir den Zugang von MigrantInnen zum gemeinnützigen Wohnungsbau verbessern.

Im April haben wir uns mit Energiethemen befasst. So verlangen wir beispielsweise die Umstellung auf E-Fahrzeuge bei Neuanschaffungen in der Verwaltung.



Beatriz Greuter,
Fraktionspräsidentin

Im Mai brachten wir Vorstösse zu den Themen «Familien» und «Wohnen» vor. Wir kämpfen für ein integrales Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung, eine Erhöhung der Familienzulagen sowie ein neues Modell zur Finanzierung und Mitgestaltung der Tagesbetreuungseinrichtungen. In der Wohnungsthematik stehen wir für die Bereitstellung von Wohnungen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt ein. Eine weitere Forderung betrifft die Vereinfachung der Wohnungssuche durch eine faire Praxis der Steuerverwaltung bezüglich Betreibungen.

Im Juni forderten wir zum Thema Bildung eine Stärkung der Integrativen Berufslehre, Teilzeit-Lehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene, eine Stärkung der Nachholbildung sowie mehr Chancengleichheit für Basler Kinder nach der Schulreform.

Zudem wurden im Juni flankierende Massnahmen bezüglich der Bauzeit des Roche-Neubaus und Massnahmen zum Schutz der Wohnqualität im Wettsteinquartier eingefordert.

Im Juli traten wir betreffend die Nutzung der Innenstadt für mehr mobile Beizen, weniger Trottoirs, eine punktuell autofreie Wettsteinbrücke, eine frei zugängliche Bühne in der Innenstadt und eine Verbesserung der Hundeparksituation ein.

Im August werden wir Vorstösse zur Thematik der Förderung von Innovation und zum Arbeitnehmerschutz lancieren.

Die SP hat momentan keine Mehrheit im Grossen Rat. Für eine linke Politik im Kanton Basel-Stadt brauchen wir nicht nur eine Mehrheit in der Regierung, sondern auch eine Mehrheit im Parlament. Darum denkt daran, im Herbst wählen zu gehen!